

Fußball:
Großaspach
sieg in Köln
und bleibt in der
dritten Liga

SCHORNDORFER NACHRICHTEN

www.schorndorfer-nachrichten.de

Ihre private
Kleinanzeige
online aufgeben

www.zvw.de/anzeigen

Seite C 5

Zeitungsverlag Waiblingen E 5404

Montag, 20. Mai 2019

74. Jahrgang

Nr. 116

2,00 Euro

Schorndorf

Die Partnerstadt Tulle im Stadtmuseum entdecken

Die Ausstellung mit wertvollen Leihgaben ist jetzt eröffnet

Seite B 1

Plüderhausen

Der vielleicht einzige echte Bürgergarten der Gartenschau

Plüderhäuser schaffen an der Rems ein Kleinod der Gärtnerkunst

Seite B 5

Rems-Murr

Was macht denn ein Kreisrat, Herr Hofer?

Weinstädter Ex-OB Jürgen Hofer war 30 Jahre im Kreistag

Seite C 1

Rems-Murr

Ein Wimmelbuch über das Remstal

Frischgebackene Eltern im Rems-Murr-Klinikum Schorndorf und Winnenden können sich bald über ein ganz besonderes Geburtsgeschenk freuen: ein Wimmelbuch über das Remstal, auf dessen Seiten sich der Klinikchase Jakob, die Reb-laus Anton, der Maulwurf Hugo und ein Fotograf versteckt haben. Das Buch soll die bisherigen Geburtsgeschenke ab Juni oder Juli ersetzen. Illustriert wurde es von der Waiblinger Zeichnerin Christl Schlag in enger Zusammenarbeit mit den Rems-Murr-Kliniken und dem Landkreis.

Seite C 4



Nun hat die Waiblingerin Christl Schlag also auch ein Wimmelbuch über das Remstal illustriert (links). Foto: Landratsamt

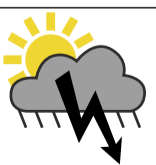
Wir sind für Sie da

Aboservice (071 51) 566-444
aboservice@zvw.de

Anzeigen (071 51) 566-411
anzeigen@zvw.de

Redaktion (0 71 81) 92 75 - 20
schorndorf@zvw.de
(0 71 51) 566 - 275
kreis@zvw.de
(0 71 51) 566 - 262
sport@zvw.de

Wetter



Mittags 20°
Nachts 11°

Bedeckt, Regen und kräftige Gewitter



Bei Museumsnacht in alte Zeiten eingetaucht



Bei der Remstal-Museumsnacht am Samstag wurde im Winterbacher Heimatmuseum die Vergangenheit ein Stück weit lebendig. Mit

Handwerkern, Büttel, mit Mägden und Musikanten in historischen Kostümen und beim Buttermachen, Wäschewaschen oder Korbflechten

konnte das einfache Leben im Württemberg früherer Jahrhunderte bestaunt werden (Foto: Habermann). Seite B 4

Neuwahlen: Video-Skandal in Österreich sprengt Regierung

Kanzler Kurz kündigt Koalition mit rechtspopulistischer FPÖ: „Genug ist genug“

Die Video-Affäre um den zurückgetretenen Vizekanzler Heinz-Christian Strache hat Österreichs Regierung gesprengt. Kurz vor der Europawahl wollen nun die proeuropäischen Parteien Kapital daraus schlagen – auch in Deutschland.

WIEN (dpa/rtr). Nach dem Bruch der rechtskonservativen Koalition in Österreich soll Anfang September ein neues Parlament gewählt werden. Das kündigte Bundespräsident Alexander Van der Bellen am Sonntag nach einem Gespräch mit Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) an. Das Land brauche möglichst bald einen Neuaufbau des Vertrauens in die Politik, sagte Van der Bellen.

Es gehe um das Wohl des Landes und das Ansehen Österreichs in der Welt.

Kanzler Kurz hatte die Koalition seiner ÖVP mit der rechtspopulistischen FPÖ am Samstag aufgekündigt. Vizekanzler und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache war zuvor zurückgetreten. Auslöser war die Veröffentlichung eines Videos, das zeigt, wie Strache einer vermeintlichen russischen Oligarchin 2017 auf Ibiza öffentliche Aufträge in Aussicht stellte, wenn sie seiner Partei zum Wahlerfolg ver helfe. Kurz sagte, er habe in den Krisengesprächen mit der FPÖ nicht den Eindruck gewonnen, dass die Partei zu grundlegenden Veränderungen bereit sei. Die FPÖ schade dem Reformprojekt seiner Regierung „und auch dem Ansehen unseres Landes“. „Genug ist genug“, erklärte Kurz.

Strafrechtliche Konsequenzen für Strache schloss der Kanzler nicht aus: „Die Ermittlungen werden zeigen, was jetzt passiert.“

Die Vorgänge in Österreich wirkten sich auch auf den Europa-Wahlkampf in anderen EU-Ländern aus. Die proeuropäische Parteien hoffen auf einen Aufschwung vor den Wahlen. In Zagreb riefen Kanzlerin Merkel und EVP-Spitzenkandidat Manfred Weber zum Kampf gegen Rechtspopulisten auf. „Strache zeigt: Rechtspopulisten geht es nur um sich selbst, nicht ums Land, nicht um Europa, nicht um Zukunft“, sagte CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer. Diese Menschen dürften in Europa keine Verantwortung übernehmen.

Leitartikel Seite 2
Seite 3

Trump befürwortet Abtreibungen – im Ausnahmefall

WASHINGTON (AFP). US-Präsident Donald Trump hat sich für ein Recht auf Abtreibung nach einer Vergewaltigung ausgesprochen. Das schrieb er am Samstag beim Kurzbotenschaftendienst Twitter. Trump bezeichnete sich dort selbst zwar als entschiedenen Abtreibungsgegner, nannte aber Fälle, in denen er Ausnahmen befürwortet. Zuletzt hatte der US-Staat Alabama Schwangerschaftsabbrüche nahezu vollständig verboten. Er sei „klar gegen Abtreibungen“, schrieb Trump wenige Tage nach der Entscheidung in Alabama auf Twitter. Als Ausnahmen nannte er Schwangerschaften nach einer Vergewaltigung oder durch Inzest sowie Fälle, in denen das Leben der Mutter gefährdet ist. „Diese Position vertrat auch Ronald Reagan“, so Trump mit Verweis auf den früheren republikanischen Präsidenten.

Dichter Verkehr

Reisende soll man aufhalten – nach diesem Motto wird im Raum Stuttgart bekanntlich seit Jahren Verkehrspolitik gemacht. Nun hofft man auch im Mikro-Kosmos Stuttgarter Hauptbahnhof, dass die Leute trotz Gedränge und Geschube mal stehen bleiben: Mitten in der Hauptverkehrszeit (17 Uhr) wird dort an diesem Mittwoch nämlich ein Dichter-Wettbewerb ausgetragen, neudeutsch „Poetry-Slam“ genannt. Gesucht wird der „Bahnhofs-poet 2019“. Vier Teilnehmer sprechen in Stuttgart für den Sieg vor, erwartet werden Beiträge der Goetheklasse A. Der Bahnhofs-poet, auf den die meisten Reisenden abfahren, darf am 5. 7. zum Finale nach Heidelberg. Die Verlierer nehmen das Ganze mit Humor; denn dieser Wettbewerb trägt menschliche Züge. (rai)

Statt Bundeswehr: Kühnert will eine europäische Armee

STUTTGART (sma). Der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert hält es für denkbar, die Bundeswehr als nationale Armee abzuschaffen. „Eine speziell deutsche Armee in einer europäischen Armee aufgehen zu lassen ist keine absurde Vorstellung“, sagte Kevin Kühnert unserer Zeitung. Die Bundeswehr habe heute nicht mehr die Funktion, ein Territorium vor Feinden von außen zu schützen, und sei damit ihrer Kernaufgabe beraubt. 28 verschiedene nationale Armeen in Europa zu unterhalten sei zudem nicht wirtschaftlich. „Eine europäische Armee darf aber nicht nur zu Bürokratieabbau dienen, sondern muss auch zur Abrüstung führen.“

Kühnert hatte zuletzt Aufsehen erregt, als er einen Debatte über Enteignungen angestoßen hatte.

Kommentar

Buchriese Thalia will in der Region weiter wachsen

Kette will führend beim Buchgeschäft in Supermärkten werden

VON DANIEL GRÄFE

STUTTGART. Deutschlands größte Buchhandelskette Thalia will nach der Fusion mit der Nummer vier der Branche, der Mayerschen Buchhandlung, auch im Großraum Stuttgart weiter expandieren.

„Wenn Standort und Immobilie stimmen, dann werden wir weitere Geschäfte eröffnen“, sagte Thalia-Chef Michael Busch unserer Zeitung. „Wir sind dabei auch offen für neue Partnerschaften mit dem inhabergeführten Buchhandel.“ Im vergangenen Jahr hatte Thalia das Stuttgarter Buchhaus Wittwer übernommen.

Busch kündigte an, auch in den Buch-Nebenmärkten die Nummer eins werden zu wollen. Derzeit sei man zusammen mit der Mayerschen beim Vertrieb von Büchern in Supermärkten, Drogerien und Kaufhäusern die Nummer zwei.

Thalia und Mayersche betreiben in Deutschland, Österreich und der Schweiz gemeinsam mehr als 350 Filialen.

Kommentar

Kühne Vision

Kühnerts Idee einer europäischen Armee ist weit weg von der Realität

VON JAN DÖRNER

Kevin Kühnert formuliert eine kühne Vision: Eine Armee für ein vereintes Europa, keine Bundeswehr, keine nationalen Streitkräfte mehr. Das sei keine absurde Vorstellung, findet der Juso-Vorsitzende. Eigentlich hat er Recht, doch die Realität sieht anders aus. Geht es um die Streitkräfte, will kein EU-Mitglied auf seine eigene Truppe und nationale Souveränität verzichten. Die Verteidigungspolitik gehört in der Europäischen Union zu den heikelsten Themen, obwohl angesichts der Krisenherde in der Nachbarschaft die Notwendigkeit nach Koordination in den Bereichen Verteidigung und Rüstung steigt.

Besonders Großbritannien blockierte in dem Punkt immer besonders hartnäckig. Nach dem Votum für den Brexit beschlossen die Europäer schließlich eine engere Zusammenarbeit, sie tasten sich aber immer noch nur langsam voran. Zu den Pionieren zählen Deutschland und Frankreich, die sich um eine verzahnte Verteidigungspolitik bemühen. Die Regierungen in Berlin und Paris haben etwa beschlossen, gemeinsam ein Kampfflugzeug und einen Panzer zu entwickeln. Kanzlerin Angela Merkel sieht darin bereits ein „großes gegenseitiges Kompliment und ein Zeichen des Vertrauens“.

Das Beispiel zeigt, wie weit der kriselnde Kontinent von einer einzigen Armee für alle Europäer entfernt ist. Die EU sollte sich deswegen darauf konzentrieren, in einem ersten Schritt eine europäische Armee zu schaffen, die neben den nationalen Streitkräften besteht. Eine Truppe, die schnell vor Ort sein und Frieden und Stabilität sichern kann, wenn es in Europas Nachbarschaft brennt. Dies ist umso wichtiger, da nicht erst unter Präsident Donald Trump die Bereitschaft der USA schwindet, diese Aufgabe auch in Zukunft für Europa zu übernehmen.

jan.doerner@stzn.de

Nahles: Es gibt nicht zu viel „Sozialklimbim“

SPD-Vorsitzende kritisiert CDU-Wirtschaftsmann Pfeiffer: Fehlender Respekt – Bei Sozialdemokraten bahnt sich ein Machtkampf an

VON JAN DÖRNER

BERLIN. Andrea Nahles hat die „Sozialklimbim“-Äußerungen des Waiblinger CDU-Politikers Joachim Pfeiffer kritisiert. Diese zeigten, „dass es bei einigen in der Union an Respekt vor der Lebensleistung normaler Menschen mangelt“, sagte die SPD-Vorsitzende unserer Zeitung. Pfeiffer liege auch „ökonomisch falsch“. „Unser ‚Sozialklimbim‘ ist der einzige Grund dafür, dass wir in diesem Jahr weiter wirtschaftliches Wachstum haben.“

Pfeiffer hatte bemängelt, Deutschland leiste sich „zu viel Sozialklimbim in einem Rundum-Versorgungsstaat“. Nahles betonte, dass die SPD in der Koalition mit der Union weiterhin auf soziale Forderungen setze. „Und deshalb wollen wir eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung, weil die Lebensleistung jedes Einzelnen Respekt verdient.“ Die Union pocht auf eine solche Bedürftigkeitsprüfung. Der Konflikt dürfte nach der Europawahl am 26. Mai zu weiteren Spannungen führen. Nahles zeigte sich je-

doch überzeugt, dass das Bündnis mit der Union auch nach der Wahl Bestand hat: „Die Koalition ist stabil, da bin ich ganz sicher.“

Ein weiterer Streit deutet sich an, wenn es um die Wahl des CSU-Politikers und konservativen Spitzenkandidaten Manfred Weber zum EU-Kommissionspräsidenten geht. Die Union will den Deutschen als Nachfolger von Jean-Claude Juncker durchsetzen, die Konservativen brauchen dafür jedoch Unterstützung aus anderen politischen Lagern. „Wir haben keine Veranlassung, Weber

zu wählen“, stellte Nahles klar. Der Richtige für das Amt sei der Sozialdemokrat Frans Timmermans aus den Niederlanden. „Wir unterstützen ihn, auch wenn das der Union und Frau Merkel nicht gefällt.“

Auch intern könnte es ungemütlich für Nahles werden. Sollte es bei der Europawahl und der Bürgerschaftswahl in Bremen zu weiteren Stimmverlusten kommen, soll Nahles laut „Welt am Sonntag“ aus dem Kreis der Bundestagsfraktion dazu bewegt werden, den Fraktionsvorsitz abzugeben.